

Bezugspreis:
Monatlich 7,50 Mk., monatlich 2,50 Mk.
Jahrespreis 84,00 Mk., halbjährlich 42,00 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 5. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Verhandlungen mit Weimar.

Die folgenden Betrachtungen richten sich an alle, die zu einer ruhigen Betrachtung der gegenwärtigen Lage fähig sind.

Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins hat am Montag den Generallstreik für Berlin beschlossen. Wir halten das für einen Fehler.

Auch beim Januarstreik von 1918 ist die Entsendung einer solchen Deputation beschlossen worden, die Regierung Hertling-Wollrat hat es aber abgelehnt sie zu empfangen.

Heute haben wir eine Regierung, die zum großen Teil aus Sozialdemokraten besteht. Darum ist es unmöglich, daß sie sich ebenso verhält wie die Hertling-Regierung 1918.

Die Deputation wird nach Weimar reisen, und man wird mit ihr verhandeln. Doch ein erheblicher Teil der Berliner Arbeiterschaft sich beunruhigt und erregt zeigt, ist schon Grund genug, die Sache ernst zu nehmen.

Nun kann man ja auch sagen: Wenn die Regierung diese Forderungen nicht durchbringen kann, kann sie einfach zurücktreten. Das kann sie allerdings — aber sind dadurch die Forderungen etwa bewilligt?

Nun kommen einige Brauseköpfe mit gestäubten Mähen und erklären: Wenn die Nationalversammlung nicht will, dann nehmen wir einfach den Kampf gegen sie auf und legen unseren Willen gegen sie durch.

Kurzum, wie man die Sache auch drehen und wenden mag, man kommt immer auf dasselbe hinaus. Es muß verhandelt werden und es muß für die Verhandlungen eine vernünftige Grundlage gefunden werden.

Auf dem gestrigen Parteitag der Unabhängigen hat Haase den Streikenden seine Sympathie ausgesprochen. Wir wissen uns in dieser Sympathie mit ihm einig.

Der Besetzungsausschuss regt die Deute nur auf. Liebi (Kommunist): Der Generallstreik richtet sich

er noch im Laufe des heutigen Tages erreicht wird —, dann mag sich die ganze Arbeiterschaft seines Landes freuen.

Die Lage des Streiks

wurde gestern in einer Versammlung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte erörtert. Der Referent Wähnel führte aus, in einem Teil der Betriebe ruhe allerdings die Arbeit völlig.

Streiktagung der Arbeiterräte Groß-Berlins

Dienstag, 12 Uhr mittags.
Richard Müller eröffnet den Bericht der Streikleitung.

Die Demokraten und Kommunisten seien aus der Sitzung ausgeschlossen. Es sei am Montag beschlossen worden, daß keine Redaktionen erschiene sollen.

Die Demokraten und Kommunisten seien aus der Sitzung ausgeschlossen. Es sei am Montag beschlossen worden, daß keine Redaktionen erschiene sollen.

Es wird wegen der am Vortage durch Gölle erfolgten Störung der Sitzung beantragt, die Galerie zu räumen.

Es wird wegen der am Vortage durch Gölle erfolgten Störung der Sitzung beantragt, die Galerie zu räumen.

Es wird wegen der am Vortage durch Gölle erfolgten Störung der Sitzung beantragt, die Galerie zu räumen.

Es wird wegen der am Vortage durch Gölle erfolgten Störung der Sitzung beantragt, die Galerie zu räumen.

Es wird wegen der am Vortage durch Gölle erfolgten Störung der Sitzung beantragt, die Galerie zu räumen.

Es wird wegen der am Vortage durch Gölle erfolgten Störung der Sitzung beantragt, die Galerie zu räumen.

gegen die Regierung Oberl. Scheibemann, Roska und gegen die Partei, der diese Leute angehören. Die Kommunisten seien aus der Streikleitung ausgeschlossen.

Neue (S. P. D.) erklärt gegenüber Neumann, daß er und seine Parteigenossen im Streikaußschuß (Vollzugsrat) lediglich angeht die Exzesse (Plünderungen, Entlohnung der Soldaten der S. P. D. und Schulleuten, Erstürmung von Volkshäusern usw.)

Romanstrat (U. S. P.): Die Fortsetzung des Proletariats sei fürchterlich und schändlich. Noch immer gibt es Leute, die angesichts der Lage noch lächeln können.

Parus (S. P. D.): Einen Streikbruch zugunsten der Roten Kahne und Arbeiterräte werden die Ausdrücker nicht mit. Entweder es werde im ganzen Arbeiterrevolver gestreikt oder nirgends.

Schäfer (U. S. P.): Das Mittelungsblatt muß genügen. Die Presse solle ruhen und nur die Streikleitung sprechen.

Der Antrag der Kommunisten, daß nur die sogenannte revolutionäre Presse erscheinen solle, wird abgelehnt.

Das tägliche Erscheinen des Mittelungsblattes wird beschlossen. Sodann wird auf Antrag der kommunistischen Fraktion beschlossen, gegen die Fortsetzung der Redaktion der 'Roten Kahne' und die Besetzung ihrer Druckerei Protest einzulegen.

Sturmjahren
kommt es, als Straßer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der S. P. D.-Fraktion beantragt, die Vollversammlung möge feststellen, ob der Generallstreik sich gegen die sozialdemokratische Partei und deren Führer richte.

Dies wird mit großer Majorität angenommen. Auf Antrag der Kommunisten wird fast einstimmig beschlossen, die Aufhebung der Belagerungsaufhanges zu den Streikforderungen hinzuzufügen.

Der Antrag (Kommunist) teilt mit, daß Knos Dunder verhaftet worden sei und daß man auch Dr. Lewi, allerdings vergebens, gesucht habe.

Ueber die Frage, ob die Streikforderungen durch eine Verhandlungskommission oder beidseitig übermittlel werden sollen, wurde nach einer Ausdeutung und zweimaliger vergeblicher Abstimmung keine Entscheidung gefasst.

Mit knapper Mehrheit wurde beschlossen, die Forderungen durch eine Verhandlungskommission zu übermitteln.

Nächste Vollversammlung: Heute, Mittwoch, mittags 12 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Der Vorstand der Kammergerichtskammer
verurteilt den Generallstreik auf das schärfste. Er erlaubt die Kollegen, jedem der ärztliche Hilfe bedürftigen diese nach wie vor nach Möglichkeit zu gewähren.

Der Vorstand der Kammergerichtskammer
verurteilt den Generallstreik auf das schärfste. Er erlaubt die Kollegen, jedem der ärztliche Hilfe bedürftigen diese nach wie vor nach Möglichkeit zu gewähren.

Streik und Fleckfieber.
Von der Kommandantur, Abteilung Gesundheitswesen, wird mitgeteilt, daß ihre Tätigkeit durch die Streiks schwer gehemmt und in Gefahr ist, gänzlich unterbunden zu werden.

Der Vorstand der Kammergerichtskammer
verurteilt den Generallstreik auf das schärfste. Er erlaubt die Kollegen, jedem der ärztliche Hilfe bedürftigen diese nach wie vor nach Möglichkeit zu gewähren.





